

[Gemeindewappen]

Vertrag über die Holzfeuerungskontrolle

zwischen

der Gemeinde **PLZ, Gemeindename**, vertreten durch den Gemeinderat **Gemeindename** und dieser vertreten durch **Herr/Frau Vorname Name**, Gemeindepräsident/in und **Herr/Frau Vorname Name**, Gemeindeschreiber/in,

und

der Geschäftsstelle Feuerungskontrolle, **Adressierung**, vertreten durch die Geschäftsstellenleitung, **Herr/Frau Vorname Name**

Art. 1 Gegenstand des Vertrages

Der Vertrag regelt das Auftragsverhältnis zwischen den oben genannten Vertragsparteien zur Durchführung der Arbeiten im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen und von ausserordentlichen Holzfeuerungskontrollen im Falle von Klagen bei

- a) kleinen Holzfeuerungen für naturbelassenes Holz mit einer Feuerungswärmeleistung bis 70 kW. (Emissionsmessung, visuelle Kontrolle)
- b) regelmässig benutzten Einzelraumfeuerungen, welche nicht durch eine periodische Emissionsmessung kontrolliert werden (visuelle Kontrolle, Beratung).

Art. 2 Vertragsgrundlagen

Grundlagen dieses Vertrages sind:

- Art. 11 ff. Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (USG; SR 814.01)
- Art. 13 ff. Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985 (LRV; SR 814.318.142.1)
- § 8 Umweltschutzgesetz Basel-Landschaft vom 27. Februar 1991 (SGS 780)
- § 2 Abs. 1^{bis} Bst. b Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden vom 8. September 1992 (SGS 786.21)

Art. 3 Auftrag der Geschäftsstelle Holzfeuerungskontrolle

¹Die Gemeinde überträgt der Geschäftsstelle Holzfeuerungskontrolle die administrativen Aufgaben,

- a) der periodischen Kontrolle der gemäss Art. 1 genannten Holzfeuerungen und

b) bei einer ausserordentlichen Kontrolle der in Art. 1 genannten Holzfeuerungen in ihrem Hoheitsgebiet.

Art. 4 Holzfeuerungskontrolle

¹ Die Geschäftsstelle ist für die fach- und gesetzesmässige Durchführung der Holzfeuerungskontrollen zuständig, die ihr mit diesem Auftrag übertragen werden.

² Sie sorgt dafür, sofern Messungen durchgeführt werden müssen, dass nur geeigneten Messgeräte eingesetzt werden und die Fachpersonen, welche die Kontrollen durchführen, die Qualifikationsanforderungen gemäss § 8 Abs. 1 der Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden erfüllen.

³ Die Aufgaben der Geschäftsstelle sind im Übrigen in einem separaten Pflichtenheft festgelegt, das diesem Vertrag beiliegt und integrierenden Vertragsbestandteil bildet.

Art. 5 Abgeltung

¹ Die Gemeinde bezahlt der Geschäftsstelle keine Abgeltung für den Auftrag. Die Geschäftsstelle finanziert sich gestützt auf § 6 Abs. 5 der Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden über die Verrechnung der Administrationskosten.

² Die Geschäftsstelle ist berechtigt, die Administrationskosten für die Holzfeuerungskontrollen direkt den Anlagebetreiberinnen und Anlagebetreibern der kontrollierten Feuerungen in Rechnung zu stellen.

³ Die Höhe der Administrationskosten entspricht den geltenden Empfehlungen des Lufthygieneamtes beider Basel gemäss § 2 Abs. 2^{bis} Bst. c. der Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden.

Art. 6 Zuständigkeit der Gemeinde

¹ Bei Anlagebetreiberinnen und Anlagebetreibern, welche die Feuerungskontrollen verweigern, erlässt die Gemeinde auf Antrag der Geschäftsstelle eine Verfügung, die die Anlagebetreiberinnen und Anlagebetreiber verpflichtet, die Feuerungskontrolle durch die Geschäftsstelle zu dulden.

² Die Gemeinde bezeichnet eine kommunale Stelle, als Ansprechstelle für die Geschäftsstelle.

Art. 7 Vertragsdauer und Kündigungsmöglichkeit

¹ Dieser Vertrag wird auf die Dauer von einem Jahr, gültig ab 26.04.2022, abgeschlossen. Er kann von den Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten jeweils auf Ende eines Jahres gekündigt werden.

² Wird der Vertrag von keiner Vertragspartei gekündigt, verlängert er sich jeweils automatisch um ein weiteres Jahr.

Art. 8 Schlussbestimmungen

¹ Dieser Vertrag wird in zwei Exemplaren ausgefertigt, wovon jede Vertragspartei ein Exemplar erhält.

² Die Gemeinde stellt dem Lufthygieneamt beider Basel und dem Verband Basellandschaftlicher Gemeinden je eine Kopie des Vertrags zu.

³ Änderungen des Vertrags bedürfen, wie der Vertrag selbst, der einfachen Schriftlichkeit.

⁴ Auf diesen Auftrag ist schweizerisches Recht anwendbar. Gerichtsstand ist Arlesheim / Sissach.

Beilage: Pflichtenheft für die Geschäftsstelle Feuerungskontrolle des Kantons Basel-Landschaft

⊗ **PLZ Gemeinde, Datum**

GEMEINDERAT ⊗ **GEMEINDENAME:**

**GESCHÄFTSSTELLE FEUERUNGS-
KONTROLLE**

⊗ **Name**, Gemeindepräsident/in

⊗ **Name**

⊗ **Name**, Gemeindeschreiber/in